

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentonto: Dresden 33 327

Bernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtenschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Nitrau, Pörsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswitz, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepalte 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 296

Bad Schandau, Dienstag, den 20. Dezember 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* In Bochum und in den Nachbarorten haben Scharlach und Diphtheritis einen bedenklichen Umfang angenommen. In diesem Jahr sind bisher in Bochum 928 Fälle von Scharlach mit 36 Todesfällen und 426 Erkrankungen an Diphtheritis mit 32 Todesfällen zu verzeichnen. Die Stadtverwaltung tut alles zur Bekämpfung der gefährlichen Kinderkrankheiten. Der Gesundheitsausschuß beschloß den Neubau von Seuchenbaracken.

* Der Kommandant des Kreuzers „Berlin“, Kolbe, dem der Vorwurf gemacht wird, daß er den Prinzen Heinrich an Bord der „Berlin“ empfangen habe, ist gestern vom Reichswehrminister zur Berichterstattung empfangen worden. Eine Entscheidung des Reichswehrministers in dieser Angelegenheit wird erst für morgen vormittag erwartet.

* Aus Urga (Mongolei) wird gemeldet, daß auf dem Wege zwischen Urga und Kjachta eine chinesische Karawane ertrunken ist. Bisher wurden 22 Tote geborgen.

* Bereits für die nächste Zeit wird mit einer Zusammenkunft zwischen Wolbomaras und Dr. Sirefmann gerechnet. Diese soll nach in der ersten Hälfte des Januar stattfinden.

* Die Bemühungen des Danziger Zentrums um eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien sind an dem Widerstand der links orientierten Deutsch-Liberalen Partei gescheitert.

Reichstagsferien.

Mit einem tief aus dem Herzen kommenden „Uff!“ der Erleichterung sind am vergangenen Sonnabend die Reichstagsabgeordneten in die Ferien gegangen; denn „der letzten Monate Qual war groß“, um ein Wort Schillers etwas zu variieren. Mehr als reichliche Arbeit in den Ausschüssen, vielstündige Sitzungen im Plenum, wo zahllose Abstimmungen stattfanden, deren Resultat so manches Mal auf des Messers Schneide stand, haben Zeit und Arbeitskraft der Volksvertreter hart genug in Anspruch genommen. Angenehmer und kurzweiliger wurde die Sache dadurch auch nicht gerade, daß der Wahlkampf des kommenden Jahres seinen ersten Schatten über das „Hohe Haus“ warf, Anträge, Neben- und Abstimmungen zu beeinflussen begann.

Das Parlamentsjahr 1927 zog ja im Zeichen der Krise ein, der „üblichen“ Weihnachtskrise, die im Anfang Februar durch das neugebildete Kabinett Marx ihr Ende fand. Die Opposition hat der neuen Koalitionskoalition und ihrem Kabinett manch schwere Stunde bereitet, so manches Mal haben auch angebliche oder wirkliche innere Schwierigkeiten in Kabinett und Koalition die Entwicklung zu gefährden vermocht. Beides wurde bisher überwunden; aber — man hüte sich vor dem politischen Prophezeien darüber, wie es im kommenden Jahre aussehen wird! Wachsende, tiefere Schatten wirft der Wahlkampf voraus; da muß man sich denn immer auf allerhand Überraschungen gefaßt machen. Auch bei der Beratung des Reichsschulgesetzes haben sich — wieder einmal — innerhalb der Koalition Schwierigkeiten gezeigt; nach bewährter Methode hat man die Weiterberatung vertagt, um in der Zwischenzeit eins der im Parlament überaus üblichen Kompromisse zu finden. Schließlich hat ja keine der jetzigen Koalitionsparteien ein wesentliches Interesse an der Sprengung des parlamentarischen Bündnisses, die zweifellos die Auflösung des Reichstages herbeiführen würde. Will man doch unter allen Umständen noch das Liquidationsschädengesetz, den Etat, das neue Strafbuch und so manches andere erledigen, vielleicht sogar auch die soviel diskutierten Reichsverwaltungs- und -verfassungsreform herangehen. Mitte Januar wird die jetzt aufgewühlte Streitfrage — Beauftragung des Religionsunterrichtes in der Bekenntnisschule durch Beauftragte der entsprechenden Religionsgesellschaften —, die schon Anlaß zu Krisengerüchten gab, auch wieder mit größerer Ruhe und durch gegenseitiges Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen sein, weil man einen Wahlkampf um das Reichsschulgesetz denn doch nicht entbrennen lassen will.

Gesetzgeberisch ist im Jahre 1927 durch den Reichstag recht Erhebliches geleistet worden; ob Gutes oder Schlechtes, wird natürlich vom verschiedenen Parteistandpunkt aus auch verschieden beurteilt. Die großen Vorlagen über die Erwerbslosenversicherung und die Beamtenbesoldungsreform konnten aber doch auch mit Zustimmung der Opposition erledigt werden; sie sind sozialpolitisch, finanziell und wirtschaftlich von besonderer großer Bedeutung. Erfreulicherweise ist es auch gelungen, eine Reihe von Handelsverträgen unter Dach und Fach zu bringen und die abgebrochenen handelspolitischen Beziehungen mit Polen leicht wieder anzuknüpfen. Am meisten Arbeit verursachte dem Parlament natürlich das Schmerzenskind, nämlich die Finanzen Deutschlands. Auch hier ist noch manches, was geschehen soll, erst im Werden, aber in letzter Stunde hat man doch wenigstens eine wenn auch bedeatete Lohnsteuerentwurf

Das Notprogramm der deutschen Wirtschaftsverbände

Berlin, 19. Dezember. Der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Deutsche Industrie- und Handelsstag, der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels, sowie vier weitere Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben im Interesse der sofortigen Durchführung eines Notprogramms zur Verbesserung der finanzpolitischen Lage eine Rundgebung veröffentlicht, die eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Erzielung einer größeren Sparfähigkeit enthält. Es wird darauf hingewiesen, daß wir zur Hebung der Lebenshaltung der Bevölkerung eine ständige Entwicklung von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft brauchen. Deshalb müsse alles vermieden werden, was die Kosten der Warenerzeugung erhöhe und die Bildung neuen Kapitals behindere. Eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik sei notwendig, um in allen Teilen des Reiches zu einem gesunden und nach den Grundsätzen sparsamster Wirtschaftsführung geleiteten öffentlichen Finanzwesen zu kommen.

Über eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik erfordere eine Stärkung der Befugnisse der Reichsregierung. Die finanzpolitische Lage des Reiches verlange die sofortige Durchführung eines Notprogramms, für das folgende Vorschläge zu machen seien:

1. Das wichtigste Interesse aller finanziellen Maßnahmen müsse darin bestehen, die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden erheblich zu kürzen.
2. Dem Reichsfinanzminister müsse gegenüber dem Reichstag das Recht des Einspruchs gegen Erhöhung der Anlässe des von der

3. Regierung vorgelegten Etat-Vorschlags, sowie gegen Beschlüsse mit nachträglichen Mehrausgaben eingeräumt werden.
4. Die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände mühten mit sofortiger Wirkung verpflichtet werden, dem Reichsfinanzminister auf Anforderung jede notwendige Auskunft über ihre Vermögenslage zu geben.
5. Dem Reichsfinanzminister müsse unter der Voraussetzung, daß der Haushaltsplan eines Landes die allgemeine Richtlinie der Finanzpolitik des Reiches verlegt, das Recht gewährt werden, gegen die Vorlegung des Haushaltsplanes in dem Landtag und gegen den Vollzug eines gegenüber dem Vorschlag erhöhten Haushaltsplanes Einspruch zu erheben.
6. Die seit langem von der Wirtschaft geforderte Verwaltungsreform müsse mit größter Beschleunigung in Angriff genommen werden. Neben der Durchführung der im Reichstag angenommenen Entscheidung, jede dritte freiwerdende Stelle nicht zu besetzen, sei eine Anordnung erforderlich, daß bis zur Erledigung der Verwaltungsreform die Einstellung neuer Anwärter gehemmt wird.

Im letzten Punkt wird die Erweiterung der Befugnisse des Reichsparlamentarismus verlangt. Wir sind uns darüber klar, so schließt die Rundgebung, daß mit unseren Vorschlägen einschneidende Maßnahmen verbunden sind. Es kann nicht verantwortet werden, daß ein Mangel an finanzieller Mäßigkeit seitens der öffentlichen Gewalten die Durchführung richtigen Gendbähe unmöglich mache. Die Reichsregierung soll und muß die Verantwortung für die finanzpolitische Führung haben.

durchgeführt, weil die Reichseinnahmen weit höher waren, als man dies zu Beginn des Jahres je zu hoffen wagte. Denn im großen und ganzen können wir mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1927 einigermaßen zufrieden sein; dabei hat zweifellos sehr erheblich mitgewirkt, daß unsere deutsche sozialpolitische Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß kam, die Wirtschaft vor irgendwelchen Experimenten nach dieser Richtung hin verschont geblieben ist.

Außenpolitisch hat sich der Reichstag einer gewissen Resignation hingegeben, da hier die Entwicklung zwangsläufig verlief. Hierin herrschte im Reichstag eine Art Kirchhofruhe, die nur sehr selten durch kurze, müde Debatten gestört wurde; daß es im nächsten Jahr anders wird, ist nicht zu erwarten.

Viel an Arbeit ist durch den Reichstag geleistet worden im nun bald verflohenen Jahr; nicht minder Wichtiges soll im kommenden Jahr noch geleistet werden und dann — hat der Wähler das Wort.

Der Eisenkonflikt dauert an.

Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Arbeitnehmer. In Essen tagte die Geschäftsführerkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes (freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch) für den Ruhrbezirk Nordwest. Nach erregter Aussprache wurden die beiden Schiedssprüche des Schlichters einmütig abgelehnt. Angegriffen wurden in dem Arbeitszeitentscheidungs- und in dem Arbeitszeitgesetz insbesondere die Bestimmungen über die Arbeitszeit in den weiterverarbeitenden Betrieben. Die Regelung über die Lohnhöhe wurde als vollständig indiskutabel

bezeichnet, und auch die Laufdauer des Schiedsspruchs wurde abgelehnt.

In Wülheim an der Ruhr tagte gleichzeitig die Vertreterkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Auch in dieser Versammlung wurde der Schiedsspruch über die Lohnhöhe kurzerhand abgelehnt. Die Ansichten über den Schiedsspruch bezüglich der Arbeitszeit waren geteilt.

Die führenden Industriellen der nordwestlichen Gruppe des Arbeitgeberverbandes sind in Düsseldorf zu einer vertraulichen Besprechung zusammengetreten, um die Richtlinien für die Stellungnahme der Großindustrie bei den am Dienstag stattfindenden Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister in Berlin festzulegen. Eine Klärung in der Frage der Stillelegungsaktion ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Diese Ungewißheit hat in Arbeiterkreisen Beunruhigung hervorgerufen.

Vor der Verbindlichkeitsklärung in Niederschlesien.

In Waldenburg nahmen sowohl die Arbeitnehmer wie auch die Arbeitgeberverbände zu dem am Sonnabend gefällten Schiedsspruch Stellung. Die Arbeitnehmerverbände lehnten den Schiedsspruch ab, die Arbeitgeber nahmen ihn trotz schwerer Bedenken an. Nunmehr finden die Nachverhandlungen

statt, in denen aller Voraussicht nach der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird. Damit dürfte die Streikgefahr im niederschlesischen Kohlenrevier behoben sein.

Neue Verhandlungen in der Eisenindustrie.

Berlin, 19. Dezember. Für morgen mittag um 12 Uhr sind beide Parteien erneut ins Reichswirtschaftsministerium geladen, um in Nachverhandlungen über den Lohnkonflikt in der Eisenindustrie einzutreten. Für den Fall, daß keine Verständigung erzielt werden sollte, wird der Reichsarbeitsminister darüber zu entscheiden haben, ob der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird.

Der Schiedsspruch für Niederschlesien verbindlich.

Der zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten im Niederschlesischen Steinkohlenbergbau am 17. Dezember gefällte Schiedsspruch ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Eine Sabotagemeldung zu Gilberts Bericht.

Paris. Eine offenbar halbamtliche Erklärung der Agentur Havas weist darauf hin, daß es angebracht sei, die Nachrichten von einer bevorstehenden Revision des Dawesplanes mit äußerster Zurückhaltung anzunehmen. Die führenden Kreise Frankreichs würden sich vorläufig zu dieser wichtigen Frage völlig stillschweigend verhalten. Es sei jedoch anzunehmen, daß Poincaré in nicht ferner Zeit die Stellung der französischen Regierung zur Reparationsfrage bekanntgeben werde. Nach wie vor sei für diese Frage die Regierung zuständig. Die Besprechungen der führenden englischen, französischen und amerikanischen Bankleute hätten in diesem Zusammenhang nichts zu bedeuten. (?)

Berenger zu den Gilbert-Erklärungen.

Paris, 19. Dezember. Der frühere französische Botschafter in Washington, Berenger, veröffentlicht in einem Finanzblatt eine Antwort auf die Vorschläge Parker Gilberts über eine Abänderung des Dawesplanes. Berenger schreibt, die Vorschläge Parker Gilberts verfolgten nichts weniger, als den auf die Reparationszahlungen bezüglichen Teil des Pariser Vertrages und die Reparationskommission in Frage zu stellen. Natürlich handele es sich vorläufig nur um Vorschläge des Reparationsagenten, aber auf keinen Fall dürfe ohne Einwilligung der Reparationskommission und der interessierten Regierungen irgendeine Entscheidung fallen. Je nachdem, ob Deutschland den Alliierten 132 Milliarden Goldmark bezahlen werde oder nicht, würden auch die Alliierten an die Bereinigten Staaten ihre Schulden bezahlen oder nicht. Berenger meint, daß die schwerwiegendsten Entscheidungen über all diese Fragen im Frühjahr 1928 fallen dürften.

Berlin. Der Reichspräsident empfing den österreichischen Gesandten Dr. Frankl, der dieser Tage nach seiner schweren Erkrankung und Operation wieder nach Berlin zurückgekehrt ist. Berlin. Eine Reise des Reichspräsidenten nach Schlesien ist schon lange in Aussicht genommen, ein Termin dafür aber noch nicht festgesetzt.